

BASis Info 6/2011

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagabgeordneten Bärbel Bas

SPD

08.07.2011



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

am 30. Juni hat der Deutsche Bundestag mit überwältigender Mehrheit das "13. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes" verabschiedet. Ein Tag zum Innehalten. Der Atomausstieg ist beschlossen - endlich haben es auch Union und FDP verstanden.

Sicher, auch ich wäre gerne früher als 2022 raus aus der Atomkraft und auch mir gefällt die zeitliche Staffelung nicht, die die Stilllegung der letzten AKW verdächtig weit nach hinten schiebt. Doch noch im Herbst hatte Schwarz-Gelb die Verlängerung der Laufzeiten durchgezogen, um jetzt zurück in der Nähe des rot-grünen Atomausstiegs zu landen. Es bleibt dabei: Der Atomausstieg ist nicht schwarz und nicht gelb. Der Atomausstieg war, ist und bleibt Rot-Grün. Und er ist der Erfolg der Menschen, die jahrzehntelang unermüdlich gegen Atomkraft protestiert haben. Danke!

Und: Herzlichen Glückwunsch an die Bundeskanzlerin, die besser spät als nie doch noch die Komplett-

Kehrtwende als letzte Chance ihrer Arbeitsplatzsicherung verstanden hat. Das hätte sie früher haben können. Mit einem Klick hier geht's hier zu unserem [SPD-Programm zur Energiewende](#) und zur [Fotoaktion der SPD-Bundestagsfraktion](#). Letzte Postkarten zur Aktion gibt's in meinem Wahlkreisbüro.

Beim Thema Steuersenkungen wird's mit der schwarzen Kehrtwende länger dauern. Das jüngste „Meisterstück“ hat Merkels „Wunschkoalition“ am Mittwoch beim Kabinettsbeschluss zum Haushalt 2012 durchgewunken: Die FDP darf ihre heiß ersehnten Steuersenkungen ankündigen. Gegenfinanzierung? Fehlanzeige. Konkrete Ausgestaltung? Wollen sie erst im Herbst sagen. Nur das „Wann“ der Entlastungen ist klar: 2013, also im Jahr der Bundestagswahl. Mehrere CDU-Ministerpräsidenten haben schon angesagt, dass sie dieser künstlichen Beatmung der FDP auf keinen Fall zustimmen werden. Wer wirklich die kleinen Leute entlasten will, müsste die Sozialabgaben senken und käme zur soliden Gegenfinanzierung

nicht an einer Anhebung des Spitzensteuersatzes vorbei. Die Situation der öffentlichen Haushalte ist ähnlich prekär wie die der FDP, das merken Kommunen wie Duisburg jeden Tag.

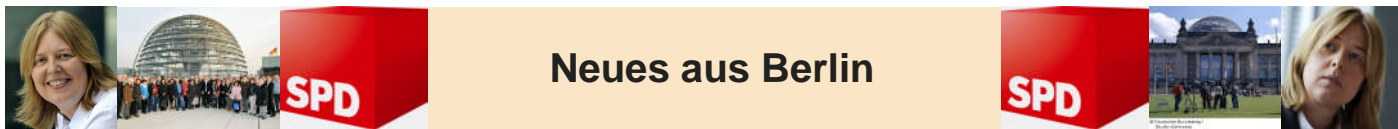
Kurz vor der parlamentarischen Sommerpause stand noch ein sehr besonderes Thema auf der Tagesordnung: Die Präimplantationsdiagnostik (PID). Am Ende einer differenzierten und niveaувollen Debatte stimmte eine Mehrheit von 326 Abgeordneten für den Gesetzesentwurf meiner SPD-Kollegin Carola Reimann u.a. (260 Nein, 8 Enthalten). Künftig wird die PID in Ausnahmefällen zulässig sein. Ich habe für diesen Antrag gestimmt, möchte aber betonen: Alle Anträge verdienen großen Respekt. [Lesen Sie hier meine ausführliche Erklärung.](#)

Ich wünsche Ihnen eine schöne Sommerzeit. Es kann im Herbst nach zwei Jahren Regierungschao und Politikversagen nur besser werden.

Herzliche Grüße

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'B.B.' or 'B.B.', written in a cursive style.

Bärbel Bas



Stichwort: Aktive Arbeitsmarktpolitik

Die deutsche Wirtschaft läuft gut im Moment und die registrierte Arbeitslosigkeit ist unter die Marke von drei Millionen gefallen. Das ist ein Grund zur Freude, keine Frage. Die Entspannung am Arbeitsmarkt geht aber an Langzeitarbeitslosen und benachteiligten Gruppen größtenteils vorbei. Das merken wir in Duisburg besonders stark. Schwarz-Gelb lässt sich für die Sonnenseite des Arbeitsmarktes feiern und weist den Menschen auf der Schattenseite die kalte Schulter.

Das so genannte Sparpaket haben wir bereits im vergangenen Jahr immer wieder kritisiert, vor allem wegen der sozialen Schieflage dieses Pakets. Allein das Arbeitsministerium trägt fast 40 Prozent des Einsparvolumens und jetzt wird es konkret: Am 1. Juli hat Arbeitsministerin Ursula von der Leyen ihre „Instrumentenreform“ unter der harmlos klingenden Überschrift „Umwandlung von Pflicht- in Ermessensleistungen“ in 1. Lesung in den Deutschen Bundestag eingebracht, im September soll diese „Reform“ verabschiedet werden. Dann soll die Arbeitsmarktpolitik, wie das Ministerium verlautbaren lässt, „effizienter werden“. Wörtlich: „Mit Anziehen der Konjunktur will die Bundesregierung die Arbeitsmarktpolitik effizienter gestalten und stellt dafür verschiedene Förderinstrumente auf den Prüfstand.“

Im Klartext: Frau von der Leyen streicht die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik rigoros zusammen. Die Kürzungspläne summieren sich bis 2015 bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf die atemberaubende Summe von 26,5 Milliarden. Bereits in diesem Jahr kürzt das Arbeitsministerium von 6,6 Mrd. Euro im Jahr 2010 auf 5,3 Mrd. Euro in 2011. Eine Kürzung um fast zwanzig Prozent. Frau von der Leyen beschneidet die Lebenschancen der Menschen. Hier bei uns in Duisburg werden die Gelder sogar um bis zu 29% reduziert. Die Städte mit den schwierigsten Startbedingungen treffen diese Kürzungen am härtesten.

32.427 Duisburgerinnen und Duisburger waren im Juni arbeitslos, davon sind etwa 80 Prozent langzeitarbeitslos. Die Arbeitslosenquote liegt bei 13,4 Prozent. Damit führt Duisburg die Arbeitslosenstatistik in NRW an. Die bundes- und landesweite Trendwende auf dem Arbeitsmarkt ist in Duisburg (noch) nicht angekommen. Gerade für Ältere, Schwerbehinderte und Langzeitarbeitslose auf dem Duisburger Arbeitsmarkt sieht es alles andere als gut aus.

Diese Menschen, die in der übergroßen Mehrheit arbeiten wollen, sind auf eine aktive Arbeitsmarktpolitik angewiesen. Frau von der Leyens Kahlschlagpolitik aber dreht den dringend erforderlichen

Weiterbildungs-, Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen das Wasser ab und bei den JobCentern fehlt jetzt das Geld für öffentlich geförderte Beschäftigung.

Wir brauchen in Duisburg aber dringend einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt; die Arbeitsmarktpolitik muss Beschäftigung für einfache Arbeiten in Unternehmen ankurbeln. Das kann eine Kommune wie Duisburg allein nicht stemmen. Der Bund aber stiehlt sich mit seiner Kürzungspolitik aus der Verantwortung, einen öffentlichen Arbeitsmarkt zu finanzieren und zu organisieren.

Am vergangenen Mittwoch haben wir in der SPD-Bundestagsfraktion die Spaltung des Arbeitsmarktes mit Fachkräftemangel einerseits und Langzeitarbeitslosigkeit andererseits zum Thema gemacht. Wir haben mit Weiterbildungsträgern - auch aus meinem Wahlkreis, was mich sehr gefreut hat - diskutiert und beraten, um über die Konsequenzen des schwarzgelben Kahlschlags in der aktiven Arbeitsmarktpolitik aufzuklären. Wir waren uns dabei einig: Deutschland braucht mehr denn je eine konzertierte Vollbeschäftigungsstrategie, um die Teilhabechancen aller Menschen am Erwerbsleben zu verbessern und auch um einem drohenden Fachkräftemangel vorzubeugen.

Bas fragt nach...zum Duisburger Hafen

Der Duisburger Hafen ist ein Juwel unter den Bundesbeteiligungen. Deshalb habe ich nach dem Bekenntnis von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer zum Duisburger Hafen noch einmal bei der Bundesregierung nachgefragt, ob sich an den Verkaufsabsichten des Bundes etwas verändert hat und wie Herr Ramsauer seinen Worten Taten folgen lassen will. Seine Aussagen waren aber offenbar nur ein weiteres Beispiel für die unverantwortliche und chaotische schwarze Bundespolitik.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn der Bund seine Anteile

am Duisburger Hafen halten würde. Leider stellt das zuständige Bundesministerium der Finanzen in seinen Antworten auf meine schriftlichen Fragen eindeutig klar, „dass an der Beteiligung des Bundes an der Duisburger Hafen AG kein wichtiges Bundesinteresse besteht“ und macht damit auch deutlich: In dieser Bundesregierung stimmen sich nicht einmal mehr CSU-geführte und CDU-geführte Ministerien miteinander ab.

Bundesverkehrsminister Ramsauer macht erst Hoffnungen, aber lässt seinen Worten keine Taten folgen und versteckt sich dann hin-

ter seinem Kabinettskollegen, dem Bundesminister der Finanzen. Offenbar macht sich auch im Verkehrsministerium niemand Gedanken wie sich diese Achterbahnfahrt für die Beschäftigten des Duisburger Hafens anfühlt. Ich bleibe dabei: Der größte Binnenhafen Europas darf nicht als Tafelsilber verschleudert werden. Der Duisburger Hafen hat eine übergeordnete Bedeutung für unsere Stadt, die Region und das ganze Land.

Meine Fragen und die Antworten des BMF finden Sie mit einem Klick hier und in der Rubrik „Bas fragt nach“ auf www.baerbelbas.de.

Montag ist Frauentag

Kommenden Montag, den 11. Juli berichte ich bei den Frauen der SPD Neuenkamp/Kaßlerfeld über die Gesundheitsreform und ihre Auswirkungen. Treffpunkt ist um 19 Uhr im Dietrich-Krins-Weber-Zentrum auf der Mevissenstraße 10. Interessenten sind herzlich eingeladen.



Cool!: Meine Promi-Ente beim Entenrennen 2011, den Sieg gibt's nächstes Jahr.

Kein Platz für Nazis

In Duisburg ist kein Platz für Nazis. Am 18. Juni haben die Nazi wieder mal versucht, die Bürgerinnen und Bürger mit einem populistischen Thema auf ihre Seite zu ziehen und dagegen sind wir als demokratische Kräfte natürlich auf die Straße gegangen. [Lesen Sie hier mehr.](#)

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++13.07.: Informationsgespräch im Zentrum für Brennstoffzellen Technik an der Uni Duisburg-Essen+++

+++13.07.: Gespräch mit meiner ehemaligen und meiner neuen Stipendiatin für das Parlamentarische Patenschaftsprogramm+++

+++16.07.-07.08.: Reise mit dem Abgeordneten-Austausch-Programm in die USA+++

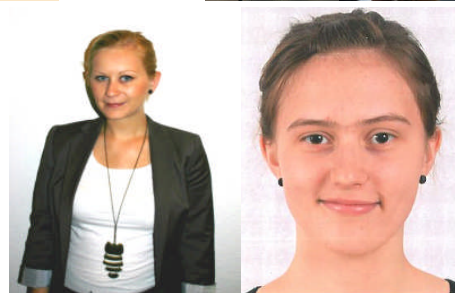
+++09.08.: Bericht zur Gesundheitspolitik bei der AG 60plus der SPD Hochfeld-Süd im AWO-Seniorenzentrum+++

+++10.08.: Bericht zur Gesundheitspolitik beim Seniorstammtisch-Süd der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft in der katholischen Kirche St. Raphael in Bissingheim+++

+++Weitere Informationen unter www.baerbelbas.de+++



Neues am Ende



Praktikantinnen des Monats... waren im Mai/Juni Annkatrin Boy (links) aus Buchholz und im Juni/Juli Katharina Auth (rechts) aus Bergheim. Beide haben mein Büro hervorragend unterstützt und Annkatrin hat sich nebenbei auch noch einen Spitznamen für den Gesundheitsminister einfallen lassen: „Mini-Bahr“. Lesen Sie mit einem Klick hier die Praktikumsberichte von Annkatrin und Katharina.

DAUMEN DRÜCKEN fürs Deutsche Team heißt es natürlich auch bei uns Parlamentarierinnen der SPD-Bundestagsfraktion. Beim WM-Eröffnungsspiel am 26. Juni habe ich im Berliner

Olympiastadion mitgefiebert und es läuft gut für unser Team. Mit einem Klick hier finden Sie alte Fotos und neue Fußball-Weisheiten von einem leider unentdeckten Duisburger Fußballtalent.

Neues aus meinem Tagebuch

Wer keine Ideen hat, der plagiiert. Gesundheitsminister Bahr hat offenbar keine Ideen zur Kindergesundheit. Deshalb hat er einfach eine Strategie aus dem Jahr 2008 im Juni als seine Strategie vorgestellt. Immerhin: Herr Bahr hat das Foto von SPD-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt ausgetauscht und das Vorwort geändert. Aufgefallen ist das Plagiat trotzdem und beim Video meiner 8. Plenarrede zu unserem SPD-Antrag zur Prävention kann man die Überraschung bei den FDP-Kollegen hören: Nachdenkliches Schweigen.

Als Landesparteiratsvorsitzende der NRWSPD habe ich bei meiner ersten Präsi-

umssitzung gleich mal daneben gegriffen - und zwar direkt in die Weintrauben, die einladend auf dem Konferenztisch platziert waren. Sofort raunte es von allen Ecken, ich könne doch nicht die Trauben der Chefin essen. Konnte ich wohl und Hannelore hat mein Geständnis auch ganz locker gekontert: „Sofort ausspucken“.

Ich bin eine große Freundin des Internets, aber die Seite www.sexybundestag.de braucht wirklich kein Mensch. Deshalb habe ich Spiegel-Online im Interview gesagt, dass mir die Seite gleichgültig ist und es mir reicht zu wissen, dass mein Lebensgefährte mich „hot“ findet.



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

Impressum

V.i.S.d.P.: Bärbel Bas
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. : 030 / 227 75607
Fax: 030 / 227 76607

baerbel.bas@bundestag.de
www.baerbelbas.de